

Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein

Neurechte Projektionen auf Israel, Angstlust und Sehnsüchte nach einer starken Nation

Nikolai Schreiter

Im antisemitischen Weltbild wird Israel, der jüdische Souverän, ganz wie die Juden zur Projektionsfläche für die abgespaltenen Wünsche und Ängste der antisemitischen Subjekte.¹ Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Antisemitismus und Antizionismus, die insbesondere in der politischen Rechten schon sehr früh Hand in Hand gingen – und in großen Teilen bis heute noch gehen – de facto nur zwei Ausdrücke derselben Ideologie sind. Den Klassiker des Antizionismus formulierte der NS-Ideologe Alfred Rosenberg bereits 1922 in *Der staatsfeindliche Zionismus*: »Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.«² Vor 100 Jahren – und 26 Jahre vor der Staatsgründung Israels – erklärte Rosenberg so den jüdischen Staat bereits zur neuen Kommandozentrale der imaginierten jüdischen Weltverschwörung, die damals wie heute im Zentrum des antisemitischen Wahns steht.

Im Antizionismus finden sich klassisch antisemitische Bilder: Die Parole »Kindermörder Israel« etwa, die auf einschlägigen Versammlungen skandiert

1 Vgl. hierzu bereits 1969, zuerst als Essay in *Die ZEIT*: Jean Améry, »Der ehrbare Antisemitismus«, in: ders.: *Widersprüche*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien, 1980, S. 242–249. Zum Mechanismus der Projektion vgl.: Ljiljana Radonić, »Psychopathologie der Normalität. Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Kritische Theorie«, in: Stephan Grigat (Hg.), *Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus*, Freiburg 2006, S. 79–98.

2 Alfred Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, München 1943 [1922], S. 86.

wird, aktualisiert die christliche Ritualmordlegende, der Vorwurf, Israel würde den Weltfrieden gefährden, gemahnt an die antisemitische Trope, die Juden würden die ganze Welt ins Unglück stürzen. Der Meilenstein des antisemitischen Antizionismus nach Rosenberg ist seit Auschwitz insbesondere bei solchen Rechten etwas abgegriffen, die sich nicht vollends als Neonazis oder Islamisten bekennen oder verstehen wollen, doch die Richtung stimmt bei den meisten nach wie vor: Die Kleinstpartei *Die Rechte* plakatierte im EU-Wahlkampf 2019 mit »Israel ist unser Unglück. Schluss damit!« eine Adaption des Zitats von Heinrich von Treitschke, das auch auf dem *Stürmer* prangte, und die NPD forderte 2018, Israel als »Terrorstaat« einzustufen³ und ist sich darin mit den antiisraelischen Demonstrationen unter palästinensischer Flagge einig, auf denen auch 2021 wieder ohne nennenswerten Gegenwind Schilder mit dieser und ähnlichen Aufschriften gezeigt werden konnten. Auf dem Blog des neurechten Szeneblattes *Sezession* durfte Martin Lichtmesz, bürgerlich Semlitsch, angesichts der letzten Runde des iranisch gesponserten Raketenterrors aus dem Gazastreifen (und dem Libanon) im Frühsommer 2021 Opferzahlen gegeneinander aufwiegen und ausführlich vornehmlich jüdische Antizionisten und Antisemiten zitieren, um mit deren Stimmen Israel unter anderem »Apartheid« zu bescheinigen.⁴ Man hat Schwierigkeiten, einen Vertreter des iranischen Regimes zu finden, der Israel noch nicht als Krebsgeschwür bezeichnet hat und auch aus den neuesten sozialen Bewegungen wie Fridays for Future oder Black Lives Matter – die eigentlich einer *single-issue*-Politik frönen – tönt es von prominenter Stelle, Israel sei ein kolonialer Unterdrücker, Apartheidstaat oder, weniger explizit, aber ebenso unmissverständlich gegen Israel gerichtet »Free Palestine«. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Wenn auch nichts davon neu ist, ist es doch immer wieder erwähnenswert, was die lange Geschichte solcher antisemitischen Bilder von Israel, die schon weit vor der Staatsgründung beginnt, vor allem belegt: Der israelbezogene Antisemitismus, der häufig mit dem merkwürdigen, bezeichnenderweise nur aus der deutschen Sprache bekannten Wort »Israelkritik« verharmlost wird, hat nichts mit dem realen Agieren Israels zu tun – genauso wenig, wie der Antisemitismus mit dem, was Juden tun oder lassen. Beide entspringen

3 o. A., »Terrorstaat Israel«, *npd.de*, 28.02.2018, <https://npd.de/2018/02/terrorstaat-israel/> (letzter Abruf: 27.08.2021)

4 Martin Lichtmesz, »Israel und Demographie (2)«, *sezession.de*, 02.06.2021, <https://sezession.de/64290/israel-und-demographie-2> (letzter Abruf: 27.08.2021).

allein den antisemitischen Projektionen derer, die zumindest in ihren Äußerungen meist an Rosenberg nicht mehr heranreichen.

Jedes, insbesondere jedes kritische Sprechen über Israel, sei es nun konkret antisemitisch oder nicht, bedarf aber der Reflexion darauf, worüber eigentlich gesprochen wird – und was es aussagt, dass das Bedürfnis, Israel zu kritisieren, häufig ein so dringendes zu sein scheint. Die Beschreibung des Antisemitismus als »Leidenschaft« (Jean-Paul Sartre) trifft häufig auch auf die sogenannte »Israelkritik« zu. Israel ist einerseits klassischer Staat mit allen Merkmalen eines modernen Nationalstaates, mit Grenzen, Gewaltmonopol und Gewalt, einer Armee, Interessen und gesellschaftlichen Spannungen. Als solcher agiert er – und selbstverständlich können solche Handlungen kritisiert werden, ohne dass dies *per se* antisemitisch wäre. Andererseits aber ist Israel, und das ist die Besonderheit dieses Staates, der jüdische Staat. Israel ist immer auch und vor allem Antwort auf die antisemitische Verfolgung und als diese zu sehen – was gerade in der außerisraelischen Debatte meist zu kurz kommt, wenn nicht aktiv unterschlagen wird. Diese jahrhundertelange Verfolgung der jüdischen Minderheit fand in der Shoah ihren bisherigen Höhepunkt und das Ausgeliefertsein der Juden und Jüdinnen an den Willen – bzw. häufig eben Unwillen – nichtjüdischer Staaten und Herrscher, sie vor ebendieser antisemitischen Verfolgung zu schützen, fand in der Staatsgründung Israels ihr Ende. Der jüdische und demokratische Staat Israel schützt die Juden und Jüdinnen vor der Verfolgung, ohne dass sie sich für diesen Schutz als Minderheit auf andere verlassen müssten. Noch der letzte jüdische Antizionist könnte, so er wollte, nach Israel immigrieren.

Umgekehrt: Wird Israel kritisiert oder gar sein Ende gefordert, steht immer auch der Schutz der Juden und Jüdinnen vor der Vernichtung in der Kritik, auf die der Antisemitismus als eliminatorische Ideologie notwendig zu steuert. Denn diesen Schutz stellt auf prekäre, aber in einer nationalstaatlich organisierten Welt einzig mögliche Weise der jüdische Staat mit seiner hoffentlich überlegenen Gewalt dar. Insofern ist Kritik an Israel, die auf sein Ende hinausläuft, antisemitisch, denn wer Israel abschaffen will, nimmt prospektiv den Tod von Millionen von Juden und Jüdinnen in Kauf.⁵

5 Zudem essenzialisiert der Antizionismus in der politischen Sphäre Dinge wie Gewalt als exklusive Eigenschaften des jüdischen Staates, während sie tatsächlich als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse zu denken sind. Ähnliches ist für die ökonomische Sphäre bei personalisierter »Kapitalismuskritik« zu beobachten, die etwa Ausbeutung auf die Eigenschaften von Kapitalisten und nicht auf die Logik der Kapitalverwertung

Minderheit: Deutsche Rechte für Israel?

Der eingangs beschriebene klassisch antisemitische Antizionismus, der bei Weitem nicht nur, aber eben auch aus der Alten und Neuen Rechten stammt, zeigt sich, wie der Antisemitismus in mannigfaltiger Weise. Daneben gibt es aber seit einigen Jahren eine Minderheit wenn auch deutlich wahrnehmbarer Stimmen aus diesen politischen Lagern, die sich positiv zu Israel stellen. Sie kommen insbesondere aus den erfolgreicherer Parteien dieser politischen Strömungen wie AfD und FPÖ, vereinzelt auch von anderen, etwa Michael Stürzenberger, PEGIDA-Demonstranten mit Israelfahne oder von den *Juden in der AfD*. Für Österreich lässt sich diese proisraelische Wende auf Dezember 2010 datieren, als Heinz-Christian Strache für die FPÖ mit anderen Vertretern europäischer Rechtsparteien in Israel die sogenannte *Jerusalemener Erklärung* veröffentlichte, in der es unter anderem heißt:

»Ohne jede Einschränkung bekennen wir uns zum Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen. Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren.«⁶

Kurz zuvor, im Jahr 2008, hatte der Parlamentsklub der FPÖ im österreichischen Nationalrat noch die »aggressive Unterdrückungspolitik Israels gegen die Palästinenser« als »menschenverachtend und verurteilenswert«⁷ bezeichnet, 1997 Straches Vorgänger Jörg Haider gar die FPÖ die »PLO von Österreich«⁸ genannt.

tung zurückführt. Vgl. dazu Joachim Bruhn, »Nichts gelernt und nichts vergessen«. Ein Schema zur Geschichte des Antizionismus in Deutschland«, in: ders., *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*, Freiburg/Wien 2019 [1994], S. 245–252.

6 o. A., »FPÖ: Strache: Jerusalemener Erklärung«, *ots.at*, 07.12.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTSO199/fpoe-strache-jerusalemener-erklarung (letzter Abruf: 27.08.2021).

7 o. A., »Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa«, *yumpu.com*, o.J., <https://www.yumpu.com/de/document/read/5159241/wir-und-der-islam-freiheitlicher-parlamentsklub>, S. 2 (letzter Abruf: 27.08.2021).

8 Jörg Haider, zitiert nach Gerhard Scheit, »Eingeschrumpfter Behemoth und neue ›Souveränisten‹. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden 2017, S. 165–181, hier: S. 165.

In Deutschland trat die neue Position einige Jahre später mit dem Erstarren der AfD und entsprechenden Verlautbarungen etwa von Alexander Gauland, Frauke Petry und deren Mann sowie Beatrix von Storch auf. Weil die Partei so jung ist, gibt es, im Gegensatz zur FPÖ, keine Parteigeschichte einer Position zu Israel; Gauland beispielsweise stand aber, ganz wie die FPÖ, Israel früher ablehnend gegenüber.⁹ Das trifft auf weite Teile beider Parteibasen¹⁰ bis heute zu, die proisraelischen Positionen werden zwar mitunter lautstark, aber doch von einer Minderheit vertreten. In dem, was eine Verurteilung der antisemitischen Demonstrationen im Jahr 2014 sein sollte, sagte Gauland etwa: »Es ist unser aller Pflicht, diesem Hass entgegenzutreten und klar zwischen erlaubtem Protest gegen Israel einerseits und menschenfeindlichem Antisemitismus andererseits zu unterscheiden.«¹¹ 2003 schrieb er in der *WELT*, dass »der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen wird, solange die Israelis arabisches Land besetzt halten.«¹² Und nochmal zwei Jahre vorher, wenige Tage nach und in unmittelbarer Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September, veröffentlichte er ebenfalls in der *WELT* den Kommentar »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«.¹³ Darin behauptete er, es sei als eine von vielen Demütigungen der arabisch-islamischen Welt »der Fremdkörper des Staates Israel in diese Welt« getreten, auf die der islamische Terrorismus eine Reaktion sei. Er weist in beiden Artikeln Israel allein aufgrund seiner Existenz die Schuld an der Unruhe im Nahen Osten und mindestens eine Mitschuld am islamistischen Terror zu, dessen antisemitische Motivation dadurch rationalisiert wird. In bei-

9 Siehe dazu auch den Beitrag von Fabian Weber in diesem Band.

10 Deshalb hat die AfD mehrfach auf Parteitag davon Abstand genommen, eine Parteiposition zu Israel zu verabschieden. Norbert Hofer, damals noch Parteichef der FPÖ, kritisierte 2021 in der Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas »das Hissen einer fremden Fahne« – der israelischen – »am Bundeskanzleramt und am Außenministerium eines neutralen Staates« – Österreichs. o. A., »FPÖ – Hofer: Bundeskanzler und Außenminister können Österreich-Beschimpfung nicht einfach aussitzen«, *ots.at*, 18.05.2021, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210518_OTSo078/fpoe-hofer-bundeskanzler-und-aussenminister-koennen-oesterreich-beschimpfung-nicht-einfach-aussitzen (letzter Abruf: 27.08.2021)

11 Alexander Gauland, zitiert nach Gideon Botsch/Christoph Kopke, »Antisemitismus ohne Antisemiten?«, in: Beate Küpper/Andreas Zick (Hg.), *Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015, S. 178–294, hier: S. 186f.

12 Alexander Gauland, »Konservative Skepsis gegen Amerika-Debatte«, in: *Die WELT*, 20.01.2003.

13 Alexander Gauland, »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«, in: *Die WELT*, 20.09.2001.

den Fällen verkehrt er auf eine Art, die Israel Schuld zuspricht, Ursache und Wirkung.

Nach der beschriebenen proisraelischen Wende, die sich jeweils insbesondere in Teilen der Parteispitzen vollzog, sagte der damalige Parteichef der FPÖ Heinz-Christian Strache beispielweise in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung *Israel HaYom* im Sommer 2017: »Wir sind gegen Antisemitismus, und die Freundschaft mit Israel ist mir sehr wichtig.«¹⁴ Auch die AfD behauptet unter Berufung auf ihre Position zu Israel von sich: »Keine Partei bezieht klarer Position im Kampf gegen Antisemitismus als die AfD.«¹⁵ Gleichzeitig ist der Antisemitismus (wie auch unter anderem Rassismus, Sexismus und Antifeminismus), obwohl es ihn in allen politischen Milieus und Parteien gibt, in der extremen und der Neuen Rechten besonders verbreitet, mitunter konstitutiv. Dies trifft für viele seiner Formen zu und trotz der Minderheit, die sich positiv zu Israel stellt, immer wieder auch für den israelbezogenen Antisemitismus: Auf einer der Demonstrationen, die sich vermeintlich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie richteten, vor allem aber allerlei antisemitische und sonstige Ressentiments auf die Straße trugen, sagte der ehemalige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl am 6. März 2021 in Wien: »Israel ist für mich kein gelobtes Impf-Land!«, was dort geschehe, sei »Gesundheits-Apartheid.«¹⁶ Volker Olenicak, der von 2016 bis 2021 mit Direktmandat für die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt saß, schrieb 2016 auf Facebook: »Verräterin Merkel gefährdet den Frieden in Europa. Rücktritt der zionistischen US-Agentin.«¹⁷ Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, posierte mit einem AfD-Sympathisanten, der einen »Judenstern« trug, weil er fand, dass die

-
- 14 Im hebräischen Original wie der Titel des Interviews. Eldad Beck, אנחנו נגד אנטישמיות, »החברות עם ישראל חשובה לי מאוד«, *israelhayom.co.il*, 20.07.2017, <https://www.israelhayom.co.il/article/491759> (letzter Abruf: 27.08.2021)
- 15 o. A., »Keine Partei bezieht klarer Position im Kampf gegen Antisemitismus als die AfD«, *afdkompakt.de*, 27.07.2019, <https://afdkompakt.de/2019/07/27/keine-partei-bezieht-klarere-position-im-kampf-gegen-antisemitismus-als-die-afd/> (letzter Abruf: 27.08.2021)
- 16 Serblinnen gegen Rechts, o. T., *twitter.com*, 06.03.2021, <https://twitter.com/serblinnen/status/1368239936323850241?s=19&fbclid=IwAR1LvfmOt4iMpBO1z8Z4LeXW3xksuldbefjg82k-V8hQrVbTRFZQGkPXjYc> (letzter Abruf: 27.08.2021)
- 17 Zitiert nach Hagen Eichler, »Internet-Hetze holt AfD-Mann ein«, *volksstimme.de*, 02.06.2016, <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/internet-hetze-holt-afd-mann-ein-1875985> (letzter Abruf: 27.08.2021)

einschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wie die Shoah seien.¹⁸ Die AfD will das Schächten¹⁹ und die Brit Mila, die jüdische Beschneidung von Jungen²⁰, verbieten, was auf wesentliche Aspekte jüdischen Lebens in Deutschland zielt.²¹ Im Interview, in dem Strache sich zur Freundschaft mit Israel und gegen Antisemitismus bekannte, sagte er auch, Burschenschaften hätten nichts mit Rechtsextremismus zu tun und äußerte über die österreichische Rolle im Zweiten Weltkrieg und der Shoah: »Es gibt keine kollektive Schuld. Es gab uns damals nicht als Staat. Es war Besatzung.«²² Dies ist nur ein kleiner, exemplarischer Teil einer langen Liste antisemitischer, antijüdischer, antisemitismusrelativierender und geschichtsrevisionistischer Positionen der Parteien.

Vor diesem Hintergrund – positiver Bezug auf Israel, gleichzeitig Antisemitismus – wird ersterer häufig als reine Strategie bezeichnet, die gewählt werde, um Antisemitismusvorwürfe abzuwehren. Das allerdings greift zu kurz, mehr noch, es nimmt die extreme Rechte nicht ernst und ist deshalb gefährlich. Auch wenn ein strategisches Moment eine Rolle spielt, wird dieser positive Bezug auf Israel mittlerweile zu lange,²³ zu ausdauernd, zu überzeugt und gegen zu große Widerstände aus den eigenen Reihen durchgehalten,

-
- 18 Frederik Schindler, »AfD-Fraktionschefin posiert neben Impfgegner mit »Judenstern«-T-Shirt«, *welt.de*, 05.06.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article209001277/AfD-Fraktionschefin-posiert-auf-Foto-neben-Mann-mit-Judenstern-T-Shirt.html> (letzter Abruf: 27.08.2021)
- 19 o. A., »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, *afd.de*, 01.05.2016, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 87.
- 20 o. A., »Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019«, *afdsachsen.de*, 01.06.2019, https://www.afdsachsen.de/wp-content/uploads/2020/07/RWP_190618.pdf, S. 58. (letzter Abruf: 25.08.2022)
- 21 Diese Forderungen richten sich auch gegen islamische Praktiken in Deutschland. Der Angriff richtet sich aber in erster Linie gegen die jüdischen Traditionen, da die Juden als ihre Erfinder und damit als die Schuldigen gelten. Die AfD formuliert das nicht so, ehrlichere Rechte, die NPD beispielsweise, aber durchaus. Vgl. etwa: o. A., »Schächten verbieten!«, *npd-nuernberg.de*, 24.6.2021, <https://npd-nuernberg.com/nationalisten-tv/#/lightbox&slide=1> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- 22 Eldad Beck, מאוד, ישראל חשובה לי מאוד, *israelhayom.co.il*, 20.07.2017, <https://www.israelhayom.co.il/article/491759> (letzter Abruf: 25.08.2022)
- 23 Seitdem Strache nach dem Ibiza-Skandal als Parteichef abgelöst wurde, scheint es allerdings in der FPÖ zu bröckeln.

als dass die Erklärung, es sei reine Strategie, das Phänomen gänzlich erklären könnte. Für eine tiefergehende Analyse ist auch hier der Blick darauf zu richten, welche Projektionen auf Israel am Werk sind. Die Beteuerungen, wie jene zitierte von Strache, weisen wiederum darauf hin, dass es um etwas mehr gehen könnte als eine schlichte Positionierung zu einem anderen Land. Das zeigt sich auch daran, dass sehr häufig, wenn es um Antisemitismus geht, jene Politiker auf die tatsächlichen oder vermeintlichen proisraelischen Positionierungen der je eigenen Partei verweisen – offenbar in der Überzeugung, aufgrund dieser Positionierungen könnten sie auch sonst keine antisemitischen Positionen vertreten.

Nur eine Minderheit bekennt sich nach der Shoah noch offen zum Antisemitismus. Viele denken und handeln dennoch antisemitisch. Deshalb muss die eigene Position oder eher noch Person als nicht antisemitisch gelabelt werden können – sonst müsste man sich den eigenen Antisemitismus eingestehen. Als eine der Möglichkeiten erscheint da, wenn auch häufig unbewusst, der positive Bezug auf Israel, auch weil der enge Zusammenhang von Antisemitismus und Antizionismus in Teilen der Öffentlichkeit in den letzten Jahren stärker diskutiert wurde. Der Antisemitismus geht aber im Antizionismus nicht auf, es ist also möglich, gleichzeitig tatsächlich oder vermeintlich proisraelisch eingestellt zu sein und dennoch antisemitisch zu denken oder zu handeln. Dies ist allerdings häufig keine bewusste, strategische Täuschung Dritter, also keine klassische Lüge, sondern eine Rationalisierung der eigenen Position gegenüber sich selbst, die man in erster Linie auch selbst glaubt und glauben muss und insofern ernst meint. Als solche ist sie auch ernst zu nehmen, was eben das Argument, es sei nur eine nach außen gerichtete Strategie und Heuchelei, gerade unterlässt. Wenn man sich aber auf das Spannungsverhältnis zwischen proisraelischer Positionierung und Antisemitismus einlässt, tritt ein Doppelcharakter dessen zutage, als was Israel gesehen wird: als Minderheit, auf die Eigenschaften projiziert werden, die dem antisemitischen Judenbild entstammen.

Jude unter den Staaten und Ausnahmejude: zwei antisemitische Bilder von Israel

Einerseits wird Israel – und das bei Weitem nicht nur von Rechten – wie schon bei Alfred Rosenberg als Jude unter den Staaten gesehen. Dabei werden klassische antisemitische Bilder von der Figur des Juden auf den jüdischen Staat

übertragen – wesentlich geht es um die Zuschreibung machtvoller, aber im Geheimen agierender Autorität, wie sie auch der Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung eigen ist. Vor dieser Autorität fürchtet man sich nun doppelt: Zu der Überzeugung, sich gegen die übermächtige Verfolgung durch die Minderheit der Juden zur Wehr setzen zu müssen, kommt die Angst davor, dass genau von dieser Überzeugung jemand Notiz nehmen könnte – gar man selbst. Nicht nur der eigene Hang zum Antisemitismus, den diese Autorität insbesondere in seiner Form als Israelkritik verurteilt, ist lediglich verdrängt. Dass diese Autorität zu Strafe so fähig sei, wie man es sich vorstellt,²⁴ kann sich an Tatsachen vermeintlich »bewahrheiten« wie jener, dass das offizielle Israel weder mit der FPÖ noch mit der AfD Kontakte pflegt, ja diese aktiv boykottiert. Auch die internationalen Sanktionen gegen Österreich im Jahr 2000, als Israel in Reaktion auf die erste Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ seinen Botschafter abzog und später eine Einreiseverbot gegen Jörg Haider verhängte, kann dieses Bild von der strafenden Autorität, die man Israel erst zuschreibt, bestätigen. Wenn weiterhin beispielsweise Tatsachen wie jene, dass damals auch die USA ihren Botschafter zur Konsultation einbestellten oder die EU Sanktionen gegen Österreich verhängte, auf israelischen Einfluss zurückgeführt wird, ist die Vorstellung von Israel als strippenziehendem Machtzentrum, das einem Böses wolle, schon wieder fast komplett.

Solche Autorität, deren Strafe man fürchtet, bezeichnete die Psychoanalytikerin Anna Freud als Angreifer. In *Das Ich und die Abwehrmechanismen* beschreibt sie die »Identifizierung mit dem Angreifer« im gleichnamigen Kapitel am Beispiel von Kindern, die sich mit der Autorität identifizieren und aggressiv werden, um eine erwartete Strafe abzuwehren. Ein ähnlicher Mechanismus kommt hier zum Tragen. Die Analyse ist allerdings als Analogie zu verstehen, weil die unmittelbare Übertragung psychoanalytischer Begriffe, die am Individuum entwickelt wurden, auf gesellschaftliche Phänomene nicht bruchlos, im Rahmen massenpsychologischer Überlegungen aber eben doch möglich ist. Insbesondere ist auch die Rückübertragung der Analyse auf die genannten und zitierten Individuen nicht im Einzelnen möglich und insbesondere zur Frage nichts gesagt, ob diese jeweils individuell Antisemiten seien oder nicht.

In der Identifizierung mit dem Angreifer übernehmen die Subjekte das »Urteil, das von der Autorität [hier: Israel, N. Sch.] über sie gesprochen oder von ihnen antizipiert wird«²⁵, projizieren aber »seinen Anlass aber gleichzei-

24 Hier spielt auch die antisemitische Vorstellung von »jüdischer Rachsucht« eine Rolle.

25 Anna Freud, *Das Ich und die Abwehrmechanismen*, Frankfurt a.M. 1990 [1936], S. 92.

tig nach außen.« Das Urteil, um das es hierbei geht, ist das über den Antisemitismus, insbesondere in seiner Form als »Israelkritik«. Sie erlernen von Israel also, dass man Israel nicht kritisiert, ein Prozess der Übernahme einer Moral im schlechten Sinn, der am beschriebenen Wandel der Positionen zu Israel gut nachzuvollziehen ist. So erklärt sich bei dieser Minderheit von Neuen Rechten das Insistieren auf den neuen, proisraelischen Positionen. Es ist keine reflektierte Position in dem Sinn, dass sie begriffen hätten, was Antisemitismus ist und warum Israel zu kritisieren antisemitisch ist, es ist eine autoritär übernommene Nachahmung.

Für die Identifizierung mit Israel als Angreifer ist jedoch neben der Zuschreibung von Autorität der zweite Teil der doppelten Charakterisierung Israels notwendig. Denn wenn Antisemitismus zugrunde liegt, ist der Jude unter den Staaten, die Staat gewordene Zentrale der jüdischen Weltverschwörung, kein geeignetes Objekt der Identifizierung.

Der Antisemitismus kennt neben der klassischen antisemitischen Figur des Juden auch die Figur des Ausnahmejuden. Dieser wird gesehen, wie man sich selbst sieht – tendenziell sogar für ein bisschen besser gehalten: bürgerlich im Bürgertum, arbeitsam in der Arbeiterklasse, anständig, verlässlich, in Ordnung; jedenfalls nicht so, wie der Jude im antisemitischen Bild gezeichnet wird. Indem der Antisemit Ausnahmen benennt, behauptet er vor anderen wie vor sich selbst, gar kein Antisemit zu sein, sondern rationale Gründe für die Regel der Ablehnung der Juden als solche zu haben, die von den Ausnahmen, der Minderheit in der Minderheit, bestätigt werde. Diese »belegen« dann, dass man gar kein Antisemit sei und behaupten so rationale Urteilsfähigkeit, wo nur Ressentiment vorhanden ist.²⁶ Die Ausnahme ist deshalb prekär, wie Hannah Arendt schon 1946 schrieb: »The events of recent years have proved that the ›expected Jew‹ is more the Jew than the exception.«²⁷

Israel nun wird als geopolitische Reproduktion dieser Figur gesehen, als Ausnahmejude – gleichzeitig zur klassisch antisemitischen Zuschreibung von Autorität und Fähigkeit zur Strafe. Es gibt aber Unterschiede in den Bedingungen der Formulierung antisemitischer Bilder zwischen den Vereinigten Staaten in den 1940er Jahren, wo die *Studien zum autoritären Charakter* von Adorno et al. auf Basis von Interviews geschrieben wurden, und Deutschland und Österreich nach der Jahrtausendwende. Insbesondere ist es hier und heute nicht

26 Vgl. Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. 1973, S. 130ff.

27 Hannah Arendt, »Privileged Jews«, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 8, No. 1/1946, S. 3–30, hier: S. 4.

mehr so einfach möglich, die unverblümete antisemitische Regel des Judenbildes auszulaudern; die Mehrheit der Menschen folgt dem Tabu, dem der offene Antisemitismus seit der Shoah unterliegt.

In den 1940er Jahren verlief die Trennung regelmäßig noch explizit zwischen ›den Juden‹ allgemein und ›dem Ausnahmejuden‹ konkret. In den Interviews für die *Studien zum autoritären Charakter* wurden als Ausnahmen persönlich bekannte Juden und Jüdinnen benannt oder etwa solche, die »wirklich reizend sind, aber [...] keine vollblütigen Juden«. An sich, sagt ein und dieselbe Frau, verhalte es sich aber wie folgt: »Die Juden halten zusammen, sind hinter dem Geld her; sie beschwindeln einen. Die Juden machen die großen Geschäfte. Es sieht so aus, als würden sie bald das Land regieren.«²⁸ Sie spricht also noch, wie andere auch, explizit von ›den Juden‹ und ihren – negativen – Eigenschaften. Das ist heute nicht mehr möglich, wenn man gesellschaftlich ernst genommen werden will.

Was aber nach wie vor möglich ist, ist die Ausnahme zu benennen. Sie bestätigt als ausgesprochener Teil den unausgesprochenen Antisemitismus als Ganzes. Während sie explizit gemacht wird, sorgt das Tabu, das auf dem offenen Antisemitismus liegt, dafür, dass er nicht mehr offen artikuliert wird. Und die Ausnahme, die in Israel gesehen wird, ruft Neid hervor: Während gerade von der Neuen Rechten ein vermeintlicher Untergang des starken Nationalstaats beklagt wird, können sie, die auf ›Volkssouveränität‹ drängen, in Israel Eigenschaften erkennen, die sie beneiden: Mit zwar großteils nicht festgelegten, aber gut verteidigten Grenzen, einem starken, schlagkräftigen Militär samt Wehrpflicht und dem angeblichen Ziel einer ethnisch homogenen, jüdischen Bevölkerung, als was seine Konstitution als jüdischer Staat missverstanden wird, erscheint es ihnen als Vorbild jenes Nationalismus, den sie selbst auch für Deutschland, Österreich oder Europa möchten.²⁹ Israel erscheint in diesem projektiven Bild, das mit der israelischen Realität einer grundsätzlich heterogenen Gesellschaft wenig gemein hat, so, wie sie ihre eigenen Staaten auch gerne hätten.

Dieses ›positive‹, projektive Bild von Israel, die geopolitische Reproduktion der Figur des Ausnahmejuden schafft die Möglichkeit für den positiven Bezug. Als Repräsentant der Minderheit in der Minderheit wird es aus der ›jüdischen

28 Interviewpartnerin F109, zitiert nach Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. 1973, S. 133.

29 Vgl. hierzu bereits 1979: Bernd Marin, *Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder*, Frankfurt a.M./New York 2000, S. 128.

Weltverschwörung, ausgeklammert. Beide Bilder von Israel, die gleichzeitig bestehen und auf denen die Identifizierung mit dem Angreifer ruht, gründen so in antisemitischen Projektionen – Israel als Jude unter den Staaten und als Figur des Ausnahmejuden.

Ein wesentlicher Teil der Identifizierung mit dem Angreifer, an dessen Stelle Israel tritt, ist die Projektion der eigenen verdrängten Schuld. Das Subjekt »introjiziert die kritisierenden Autoritäten [hier: Israel, N. Sch.] als Über-Ich und ist imstande, seine verbotenen Regungen [hier: den Antisemitismus, insbesondere als Antizionismus, N. Sch.] nach außen zu projizieren. [...] Es erlernt, was verurteilt werden soll, schützt sich aber mithilfe dieses Abwehrvorgangs gegen die Unlust der Selbstkritik. Das Wüten gegen den Schuldigen in der Außenwelt dient ihm als Vorläufer und Ersatz des Schuldgefühls.«³⁰ Als Projektionsflächen für diese abgewehrte Schuld finden sich insbesondere zwei Minderheiten, auf die die Aggression, die in der Identifizierung mit dem Angreifer entsteht, sich richtet: Linke und Muslime. Beides sind zwar falsche Verallgemeinerungen, aber es mangelt nicht an linkem und islamischem Antisemitismus, der sich insbesondere als »Israelkritik« zeigt. Jedes Mal, wenn Israel Krieg führt gegen den Terror, ist dies auf den Straßen insbesondere westlicher Staaten zu beobachten. An diesen Antisemitismus kann sich die abwehrende Schuldzuweisung heften, wie in zahlreichen Verlautbarungen quer durch die Rechte nachzuvollziehen ist, in denen es heißt, die *eigentlichen* Antisemiten seien Linke und Muslime. Gegen die Linken, die ohnehin mindestens politische Feinde der Rechten sind, wird politische Stimmung gemacht, tatsächliche oder vermeintliche Muslime, bereits Objekte rassistischer Ressentiments, sollen abgeschoben werden. So wird der Antisemitismus als ganzer externalisiert und das eigene politische Lager scheint freigesprochen, ja gar als wahre Kraft gegen den Antisemitismus – während man ihn in den eigenen Reihen munter weiter tolerieren, fördern oder selbst äußern kann.

Opferrolle und Verdrängung des Antisemitismus

Abgesehen davon, dass der Kampf gegen den Antisemitismus vor allem den in den eigenen Reihen adressieren sollte, wenn die Parole »Gegen jeden Antisemitismus« ernst gemeint ist, liegt in der Identifizierung mit Israel ein weiteres Problem: die Verdrängung und Verharmlosung des Antisemitismus selbst,

30 Anna Freud, *Das Ich und die Abwehrmechanismen*, Frankfurt a.M. 1990 [1936], S. 92.

der sich gegen Israel richtet. Er ist die Besonderheit der israelischen Existenzbedingungen, die in diesem Neid verschwindet. Die Situation, in der Israel sich befindet, kann nicht einfach auf Europa übertragen werden. Israel hat die Eigenschaften – gesicherte Grenzen, starkes Militär, verbreitetes nationales Ethos – an die der Neid sich heften kann, weil es sie braucht, um sich gegen die antisemitisch motivierten Vernichtungsdrohungen insbesondere aus der näheren Umgebung zu verteidigen. Solche gibt es gegen Deutschland und Österreich nicht. Die Übertragung ist also nicht nur falsch, sie verharmlost auch den Antisemitismus, der Israel ständig bedroht. Hier kommt auch die lustbesetzte Angst vor dem Ausnahmezustand zum Tragen, in dem sich Israel ständig befindet und in den man sich selbst auch sehnt. Was dann nämlich möglich wäre, ist wiederum an Zitaten Alexander Gaulands ersichtlich.

In einer Rede, die er im April 2018 anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Staates Israel im deutschen Bundestag hielt, sagte Gauland unter anderem, Deutschland sei nach zwei Weltkriegen »ein postheroisches, in gesicherten Grenzen lebendes Land. Israel aber muss jeden Tag neu um seine Existenz und Anerkennung in einer feindlichen Umwelt ringen.«³¹ So weit, so richtig. Später wiederholte er, was er schon öfter gesagt hatte, und legte sich endgültig fest darauf, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison gehöre. Das bedeute aber auch, dass im Ernstfall deutsche Soldaten an Israels Seite zu kämpfen und auch zu sterben hätten. Abgesehen davon, dass Israel daran kein Interesse hat: Diese Worte, auf die Gauland wohl aufgrund ihrer heldenhaften Konsequenz – ein Deutscher steht zu seinem Wort, und wenn er dafür in den Tod geht – stolz ist, sind in Kombination mit seinem auf dem Kyffhäusertreffen 2017 geäußerten Wunsch zu betrachten, wieder stolz auf die »Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«³² sein zu dürfen. Diese Taten – sie sind nicht zu haben ohne die Beteiligung an der Shoah – waren also im Umkehrschluss heroische Akte, die Soldaten die Helden aus den besseren Zeiten, als Deutschland noch kein »postheroisches, gebrochenes Land« war. Die prospektive, konsequente Aufopferung für die Staatsraison, für Deutschland an Israels Seite zu sterben, ist deshalb zu deuten als der verschobene Ausdruck

31 o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, *bundestag.de*, 26.4.2018, <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf> (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 2623.

32 o. A., »Gauland will stolz sein ›auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen‹«, *fr.de*, 14.09.2017, <https://www.fr.de/politik/gauland-will-stolz-sein-auf-leistungen-deutscher-soldaten-weltkriegen-11087638.html> (letzter Abruf 27.08.2021).

des Wunsches nach neuen deutschen Heldentaten. Es geht also Gauland nicht um Israel, den »Fremdkörper«, der »arabisches Land besetzt« halte, wie er Anfang des Millenniums schrieb, sondern es kommt die Identifizierung zum Tragen: Gauland hätte nach dieser Interpretation gern, dass Deutschland sich verteidigen müsste, wie es Israel muss, weil dann den deutschen Heroen das Feld offen stünde.

Das Interesse, das in dieser Identifizierung deutlich wird, liegt darin, sich selbst an die Stelle Israels zu setzen: An die Stelle des von allen Seiten bedrohten Opfers, das gleichzeitig stark genug und aufgrund der allseitigen Angriffe legitimiert ist, sich mächtig, militärisch und nationalistisch zu verteidigen.

Dass es in der Identifizierung mit Israel als Angreifer nicht um Israel, sondern um diejenigen geht, die auf Grundlage dieser Bilder sich positiv zu Israel stellen, zeigt auch der Blick auf die psychoanalytische Bedeutung der Identifizierung. Ihr körperliches Vorbild ist die Einverleibung, die drei Bedeutungen hat: Das Subjekt (diese Rechten) führt sich durch die Einverleibung des Objekts (Israel) Lust zu, das Objekt wird vernichtet oder das Subjekt eignet sich Eigenschaften des Objekts an, indem es das Subjekt in sich aufnimmt.³³ Auf eine gewisse Weise sind alle drei Bedeutungen der Einverleibung in der Identifizierung mit Israel von rechts vorhanden, in keiner der drei aber spielt das Objekt, Israel, eine eigenständige Rolle. Es liegt also unter Umständen nicht einmal eine politische, auf konvergierenden Interessen beruhende proisraelische Haltung vor, die voraussetzen würde, dass Israel als eigenständiges Objekt anerkannt wird, mit dem man in Beziehung treten könnte – geschweige denn Solidarität mit Israel, die in der Kritik des Antisemitismus begründet wäre. Je stärker die Identifizierung, desto weniger erscheint Israel als solch eigenständiges Objekt und desto mehr verleiben sich die Neuen Rechten Israel und seine wunderbaren und gefürchteten Eigenschaften ein. Dies bedeutet auch, dass ihr Israelbild sich immer weiter an ihre projektiven Wünsche angleicht und das real existierende Israel mit seiner realen Bevölkerung immer weniger zählt.

Außerdem ist die Identifizierung der Nachfolgesellschaften des NS-Staates mit Israel eine Form der Schuldabwehr.³⁴ Dem ungebrochen

33 Vgl. Jean Laplanche/Jean-Bertrand Pontalis, *Das Vokabular der Psychoanalyse*, Frankfurt a.M. 1994, S. 128.

34 Diesbezüglich ist auch die Formulierung von Gauland vielsagend, »Hitler und die Nazis« seien nur »ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« gewesen: Der Vogelschiss kommt unverschuldet auf den zu-

positiven Bezug auf die deutsche oder österreichische Geschichte steht, ganz zu Recht, die Shoah im Weg. Im klassischen israelbezogenen Schuldabwehr-antisemitismus wird, um die eigene Schuld oder jene der eigenen Vorfahren oder Gesellschaft zu relativieren, Israel vorgeworfen, es handle wie die Nazis, wodurch deren Verbrechen relativiert werden. Hier aber, durch die Identifizierung mit Israel, dem Staat, der schuldhaft mit der Shoah am allerwenigsten zu tun hat, rückt man die eigene Gesellschaft ein Stück weiter weg von ihren Taten und hin zur Autorität Israel, sodass eben jener positive Bezug möglich wird, der die Alte wie die Neue Rechte ganz zentral umtreibt.

Bereits in seiner Verurteilung der antisemitischen Demonstrationen im Sommer 2014, als Hamas und Israel im Gazastreifen Krieg führten, zeigte sich, wie Gauland Deutschland mit Israel identifiziert: »Gerade wir Deutschen sind nach 1945 froh gewesen, dass uns keine kollektive Schuld zugeschoben wurde. Umso mehr müssen wir die kollektive Verantwortung für das Geschehen im Gazastreifen, die unseren jüdischen Mitbürgern aufgeladen wird, zurückweisen.«³⁵ Die Autorität, die den Deutschen nach 1945 keine kollektive Schuld »zugeschoben« habe, bleibt mit der passiven Verbform unbenannt, dennoch übt sich Gauland in Dankbarkeit einer Autorität gegenüber, die das durchaus gekonnt hätte. In Identifizierung mit dieser urteilenden und vergebenden Autorität nun formuliert er einen moralischen Anspruch, dem Deutschland heute genügen müsse, weil dieser Anspruch damals – in seinen Augen richtigerweise – gesetzt wurde. Dabei unterlagen nach der Shoah und der Niederlage Deutschlands die Deutschen dem Wohlwollen der Autorität, heute sind die Deutschen diese Autorität und die »jüdischen Mitbürger«, also deutsche Juden diejenigen, denen die Gnade des Freispruchs von der kollektiven Schuld durch die Deutschen, die zudem als nichtjüdisches Kollektiv erscheinen, zuteilwird. Dabei macht Gauland implizit nicht nur diese Deutschen zu gnädigen Richtern über die deutschen Jüdinnen und Juden (und nicht einmal »nur« über das israelische Militär), er stellt auch die Shoah und die israelische Verteidigung

fällig Anwesenden, hinterlässt einen Fleck auf ihm – und hinterher hat er die unangenehme Aufgabe, diesen Schandfleck möglichst unauffällig wegzuputzen. Vgl. o. A., »Gauland bezeichnet NS-Zeit als »Vogelschiss in der Geschichte«, *welt.de*, 02.06.2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article176912600/AfD-Chef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Geschichte.html> (letzter Abruf: 27.08.2021).

35 Zitiert nach Gideon Botsch/Christoph Kopke, »Antisemitismus ohne Antisemiten?«, in: Beate Küpper/Andreas Zick (Hg.), *Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015, S. 178–294, hier: S. 186f.

gegen antisemitische Gewalt auf eine Stufe. Jene war einst Anlass für das damals nicht gesprochene Kollektivurteil, diese ist Anlass für das Kollektivurteil, das heute auszubleiben habe. Ganz nebenbei erscheinen der Zweite Weltkrieg und die Shoah als der israelischen Verteidigung gegen die heutigen bewaffneten Antisemiten ebenbürtig.

Von Minderheiten in der Minderheit der proisraelisch auftretenden Rechten wird die autoritäre Identifizierung in Teilen auch explizit gemacht. Der FPÖ-Politiker und Polizeigewerkschaftler Werner Herbert verteidigte 2014 die österreichische Polizei gegen Vorwürfe der Wiener NGO ZARA, die Polizei betreibe *Ethnic Profiling*, also Polizeirassismus. Er bestritt dieses Vorgehen dabei nicht etwa oder versuchte, es durch konkrete Erfolge zu legitimieren, sondern wollte es dadurch rechtfertigen, »dass die israelische Polizei und Armee diese Vorgehensweise seit Jahren mit großem Erfolg einsetze.«³⁶ Nun wäre es absurd anzunehmen, dass es in Israel kein *Ethnic Profiling* gäbe. Es geht hier aber nicht um tatsächliche oder vermeintliche israelische Polizeipraxis, sondern darum, wie die FPÖ österreichischen Polizeirassismus mit dem Verweis auf die Autorität Israel zu legitimieren trachtet und was sie damit eigentlich meint: »Den Israelis kann wohl auch ZARA nicht Antisemitismus und Rassismus vorwerfen.«³⁷ Das ist offensichtlich Unsinn, denn gerade der Rassismusvorwurf wird ständig an Israel gerichtet. Man könne aber, wenn man den Israelis keinen Rassismus vorwerfen könne, der österreichischen Polizei diesen »ebenfalls« nicht zur Last legen, weil sie angeblich das Gleiche mache wie die israelische. Die Analogie zwischen israelischer und österreichischer Polizei steht pars pro toto einer Gleichsetzung von Israel und Österreich, die vor allem in Sachen Sicherheit schlicht unvergleichbar sind: In Israel werden ständig Anschläge verübt bzw. verhindert und ein Krieg kann jederzeit ausbrechen. In Österreich nicht, wenn es auch islamischen Terror und Gewalt dort ebenfalls gibt. Diese Gleichsetzung beruht auf dem Ausblenden jeglicher Empirie und – mindestens – der Abstraktion vom Antisemitismus, dem Israel und jüdische Israelis ausgesetzt sind, Österreich aber eben nicht. Es geht hier an keiner Stelle um Israel, das nur als Blaupause für die Suggestion eines in Österreich ebenfalls bereits bestehenden und voller Angstlust herbeigesehnten Ausnahmezu-

36 o. A., »FPÖ-Herbert: ZARA-Report ist völlig unerheblich. Anti-Rassismus-Stelle ZARA ›auf linkem Auge blind‹«, *ots.at*, 21.03.2014, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140321_OTS0176/fpoe-herbert-zara-report-ist-voellig-unerheblich (letzter Abruf: 27.08.2021).

37 Ebd.

stands erhalten muss. Die Gleichsetzung bedient das Bedürfnis, selbst Opfer zu sein, endlich sagen zu dürfen, dass »täglich Österreicher diskriminiert, überfallen, beraubt, verletzt oder bestohlen werden«, und zwar von »einer Vielzahl ausländischer Gewalttäter«. ³⁸ Es geht bei der FPÖ nicht um Terror, dessen Abwehr der israelische Sicherheitsapparat in erster Linie dient und dessen unerwähnte Implikation in die Gleichsetzung die Autorität erhöht, sondern um angebliche oder tatsächliche herkömmliche Vergehen und Straftaten. Eine Ex-Nazi-Partei der Täternation stilisiert Österreich nicht nur zum Opfer gewaltiger Ausländerkriminalität, sie insinuiert auch, diese Bedrohung sei wie jene in Israel, die Ausländerkriminalität wie der Antisemitismus und die Österreicher folglich wie die Juden.

Heinz-Christian Strache machte das übrigens 2012 explizit, als er auf dem WKR-Ball der deutschnationalen Burschenschaften in der Wiener Hofburg anlässlich von Protesten gegen den Ball über die Ballgäste sagte: »Wir sind die neuen Juden« und Angriffe auf Burschenschafterbuden angeblich »mit Brandsätzen« mit der, so Strache wörtlich, »Reichskristallnacht« verglich. ³⁹

Auch aus dem Dunstkreis der Juden in der AfD (JAfD), einer Vereinigung von recht wenigen Personen, die eine Minderheit und deutschen Jüdinnen und Juden repräsentieren, kommen solche Gleichsetzungen. Orit Arfa, eine US-amerikanisch-israelische jüdische Journalistin, die in Berlin lebt, schreibt im von den JAfD herausgegebenen Band *Was Juden zur AfD treibt* über »die mögliche Vorbildfunktion der israelischen Rechten für Deutschland«. ⁴⁰ Sie vergleicht zwei »Operationen«, den israelischen »Rückzug aus Gaza« im Jahr 2005, der unter dem Namen des größten ehemaligen Siedlungsblocks im Gazastreifen Gush Katif in die Geschichte einging, und die angebliche »Öffnung der deutschen Grenzen« im Jahr 2015. 2005 habe der damalige israelische Ministerpräsident Ariel Sharon beschlossen, Gaza »zur Belohnung an Terroristen zu übergeben, die während der seit 2001 andauernden zweiten Intifada hunderte Juden ermordet hatten.« Um das verstehen zu können, müsste sie sich zugleich fragen: »Warum hat Merkel, die früher konservative

38 Ebd.

39 o. A., »Ungeheuerliche Provokation«, *orf.at*, 31.01.2012, <https://orf.at/vz/stories/2102324/2102303/> (letzter Abruf: 27.08.2021).

40 Orit Arfa, »Dämonisierung und Popkultur. Über die mögliche Vorbildfunktion der israelischen Rechten für Deutschland«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), *Was Juden zur AfD treibt. Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland*, Bad Schussenried 2019, S. 103–114, hier: S. 103.

Anführerin, so viele arabische Muslime in dieses Land gelassen? Und warum folgten ihr so viele Menschen?«⁴¹ Tatsächlich folgte in den Jahren nach der Räumung des Gazastreifens die Machtübernahme der Hamas und der Terror aus dem Gebiet gegen Israel intensiviert sich. Die Siedler von Gush Katif hätten recht behalten, und »[e]benso bewahrheiteten sich die Vorhersagen der AfD als richtig. Einige Migranten begingen schreckliche Tötungsdelikte. Es gab Massenangriffe auf Frauen.« Arfa schreibt weiter: »Die AfDler durchliefen nicht die schreckliche Vertreibung der Gush Katifer, aber auch sie fürchteten um ihren Lebensunterhalt, ihre Häuser.«⁴² Beide, AfD und die Siedler von Gush Katif, die den Gazastreifen nicht räumen wollten, hätten nämlich vor den jeweiligen »Operationen« zu Recht vor deren Konsequenzen gewarnt und seien dafür beide mit den gleichen Namen verunglimpft worden: »Extremisten, Rassisten, Kriegstreiber.«⁴³ Wenn man Arfas Argumentation folgt, ist also die AfD in Deutschland die Partei, die davor gewarnt habe, den gleichen Fehler zu begehen wie Israel mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen, also vor dem drohenden antisemitischen Terror, der nach Deutschland mit der »Öffnung der Grenzen« gekommen sei.

Eines der Grußworte zum zitierten Buch schrieb Andreas Kalbitz, der 2020 aus der AfD ausgeschlossen wurde (ein Verfahren gegen seinen Parteiausschluss ist anhängig), weil er seine frühere Mitgliedschaft in der neonazistischen Heimattreuen deutschen Jugend (HDJ) verschwiegen hatte. Er schreibt darin, nach dem »singulären Kulturbruch des Holocaust«⁴⁴ könne eine »verantwortungsvolle Gestaltung« nur erfolgen, wenn man »keine neuen ideologisch motivierten ›Menschheitsbeglückungsexperimente‹ zulasse – er bezieht sich auf die Shoah. »Ein solches Experiment« vollziehe sich aber mit der »massenhaften Zuwanderung vornehmlich moslemischer Migranten«.⁴⁵ Das Recht auf Asyl sei also auf dem besten Wege, in einem zweiten Holocaust zu münden, nur vermutlich einem an den Deutschen. Solche offenen Relativierungen sind aber selten unter jenen Rechten, die sich wie auch immer positiv auf Israel beziehen.

41 Ebd., S. 105.

42 Ebd., S. 113.

43 Ebd., S. 108.

44 Andreas Kalbitz, »Grußwort«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), *Was Juden zur AfD treibt*, S. 15.

45 Ebd., S. 16.

Auch in Sachen Grenzschutz wird Israel immer wieder zum Vorbild degradiert. Anfang des Jahres 2018 etwa sah es kurz so aus, als ob Israel Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt vor allem aus Eritrea und dem Sudan vor die Alternative ›freiwillige Ausreise‹ gegen Geld oder Gefängnis stellen könnte; auch wurden Pläne breiter diskutiert, diese nach Uganda und/oder Ruanda abzuschicken. Das Vorhaben scheiterte weitestgehend am gesellschaftlichen Protest, an Gerichtsurteilen und schließlich doch an den fehlenden Aufnahmeländern. Noch bevor dies aber klar war, sagte Georg Pazderski, heute Fraktionsvorsitzender der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus, der israelischen Realität nicht nur vorgreifend, sondern sie verfälschend: »Wir sollten uns ein Beispiel an Israel nehmen, das mit Grenzsicherung und Zuwanderung jahrzehntelange Erfahrungen gemacht hat. Auch wir sollten endlich absichern und abschieben.«⁴⁶ Auch Beatrix von Storch griff das Thema in einer Rede im Bundestag auf. Im Kontext des sogenannten Marsches der Rückkehr sogenannter palästinensischer Flüchtlinge, in dessen Rahmen teilweise bewaffnete Bewohner Gazas versuchten, den Grenzzaun nach Israel zu überwinden, um dort Juden zu ermorden,⁴⁷ sagte sie, vollkommen zu Recht: »Die Zukunft Israels hängt von dem Schutz seiner Grenzen ab«, um sogleich zu verallgemeinern: »Eine Welt offener Grenzen ist mit dem Existenzrecht Israels nicht vereinbar.«⁴⁸ Damit war die deutsche Bundesregierung adressiert, die 2015 die Grenzen geöffnet habe. Diese Gleichsetzung von Jihadisten, die Raketen schießen und mit Feuersdrachen Flächenbrände in Israel legen⁴⁹, mit Flüchtlingen, von denen zumindest die meisten in Europa vor allem überleben wollen, ist ganz generell menschenfeindlich, vor allem aber eine Verharmlosung des Antisemitismus, der dort, anders als hier, unmittelbar das Motiv für den Grenzübertritt ist.

46 o. A., »Georg Pazderski: Israel macht es vor – Afrikanische Migranten werden ausgewiesen«, *afd.de*, 05.02.2018, <https://www.afd.de/georg-pazderski-israel-macht-es-vor-afrikanische-migranten-werden-ausgewiesen/> (letzter Abruf: 27.08.2021).

47 Vgl. etwa Anna Ahronheim, »High alert on Gaza border after string of incursions«, *jpost.com*, 28.03.2018, <https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/High-alert-on-Gaza-border-after-string-of-incursions-547339> (letzter Abruf: 27.08.2021).

48 o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, *bundestag.de*, 26.4.2018, <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf> (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 2631.

49 Vgl. etwa Matan Tzuri, »Kite terror continues to strike Gaza border communities«, *ynetnews.com*, 05.08.2018, <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-5254868,00.html> (letzter Abruf: 27.08.2021).

Realpolitik

Trotz des instrumentellen Charakters – der nicht zu verwechseln ist mit bewusster Manipulation oder Strategie – der proisraelischen Äußerungen jener rechten Minderheit sind darin mitunter richtige Dinge formuliert. Das gesamte politische Klima macht es diesen Politikern immer wieder leicht, sich in Abgrenzung zum politischen Konsens als proisraelisch zu positionieren. Seit Langem können deutsche Außenminister nicht beantworten, wie sie dafür sorgen wollen, dass Hilfsgelder nicht bei den regierenden Terrororganisationen landen: Zuletzt wich Heiko Maas dieser Frage aus, nachdem er im Mai 2021 40 Millionen Euro humanitärer Hilfe für Gaza zugesagt hatte.⁵⁰ Nur deshalb kann beispielsweise Beatrix von Storch im Bundestag, ebenfalls in der bereits zitierten Rede zum 70. Jahrestag der israelischen Staatsgründung, zurecht kritisieren, dass mit deutschen »Steuergeldern Judenhass und Israel-feindschaft im Nahen Osten«⁵¹ finanziert wird. Sie meinte damals die unter anderem von Deutschland finanzierte UNRWA, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinenser. Diese ist vor allem im Gazastreifen eng mit den Strukturen der Hamas verwoben und in ihren Schulen werden antisemitische Inhalte gelehrt.⁵² Von anderen Problemen, etwa dem israel-feindlichen Abstimmungsverhalten auch Deutschlands bei den Vereinten Nationen, ganz zu schweigen.

Auch ist es möglich, dass kleinere positive Schritte einer Politik gegen Antisemitismus ohne die AfD, die solche Gelegenheiten manchmal gut nützt, weniger gegangen würden: Ob etwa das längst überfällige Verbot der gesamten Hisbollah in Deutschland und die Bundestagsresolution, die die BDS-Kampagne als antisemitisch beurteilt, so zustande gekommen wären, wenn die AfD nicht vorher jeweils Anträge zu diesen Themen gestellt hätte, muss Spekulation bleiben.

In wesentlichen Punkten jedoch lassen sie Möglichkeiten ungenutzt, sich tatsächlich an die Seite Israels zu stellen, auch wenn es ebenfalls als gegen

50 Vgl. o. A., »40 Millionen Euro für Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen«, *welt.de*, 18.05.2021, <https://www.welt.de/politik/ausland/video231214331/Maas-40-Millionen-Euro-fuer-Zivilbevoelkerung-im-Gaza-Streifen.html> (letzter Abruf: 27.08.2021).

51 o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, *bundestag.de*, 26.4.2018, <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf> (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 2630.

52 Alex Feuerherdt/Florian Markl, *Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert*, Berlin 2018, S. 237ff.

den politischen Mainstream gerichtet inszeniert werden könnte. Das iranische Regime droht Israel seit der Islamischen Revolution 1979 mit Vernichtung und baut an der Atombombe. 2015 wurde der in Israel mehrheitlich kritisierte JCPOA, der sogenannte Iran-Atom-Deal geschlossen, der dem iranischen Regime Zugriff auf Ressourcen erlaubt, die es für genau diese Zwecke sowie Repression gegen Minderheiten, die iranische Bevölkerung an sich und für seine destabilisierende Militärpräsenz in der Region einsetzt. Als 2018 die USA das Abkommen verließen und Sanktionen wieder in Kraft setzten, schrieb Alexander Gauland unter der Überschrift »Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten« im AfD-Mitgliedermagazin: »Die Sicherung von wirtschaftlichen Interessen muss Vorrang haben vor wirtschaftsfeindlicher Symbolpolitik.«⁵³ Und auch die zwar parteilose, aber auf FPÖ-Ticket damals regierende österreichische Außenministerin Karin Kneissl sagte, explizit gegen Trumps Entscheidung gewandt und mit Blick auf Verhandlungen mit Nordkorea: »Eine eigene Rolle der Europäer ist vor allem dadurch gegeben, dass man das Iran-Nuklearakabkommen auf Schiene hält. Das ist das Wesentliche.«⁵⁴

Eine proisraelische Position wäre es aber gewesen, das Ende des Deals zu unterstützen oder zumindest ein deutlich besseres Abkommen zu fordern. Beide Parteien taten das Gegenteil, stellten sich so realpolitisch gegen Israel und reihten sich in die politische Mehrheit in Deutschland und Österreich ein, die um jeden Preis am Deal festhalten will. Seither haben zwar einerseits mit Jörg Meuthen und Petr Bystron zwei prominente AfD-Politiker (bzw. ein nunmehr ehemaliger AfD-Politiker) die Bundesregierung im Januar 2020 aufgefordert, ihre »aktuelle israelfeindliche Politik« zu beenden »und die Appeasement-Politik gegenüber dem Iran zu ändern.« Meuthen sagte weiter und zumindest teilweise richtig: »Steinmeier und die Bundesregierung zählen zu den letzten Vertretern westlicher Staaten, welche die Mullahs von Teheran hofieren und mit ihnen Geschäftsbeziehungen unterhalten wollen, während diese offen die Zerstörung Israels und damit einen zweiten Holocaust anstreben.«⁵⁵ Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag,

53 o. A., »Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten«, *afdkompakt.de*, 15.05.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/15/atom-abkommen-mit-dem-iran-einhalten/> (letzter Abruf: 27.08.2021).

54 o. A., »Kneissl: Erhalt von Iran-Atomdeal für Nordkorea-Konflikt »wesentlich«, *diepresse.com*, 16.05.2018, <https://www.diepresse.com/5430315/kneissl-erhalt-von-iran-atom-deal-fur-nordkorea-konflikt-wesentlich> (letzter Abruf: 27.08.2021).

55 o. A., »Meuthen/Bystron: Steinmeier muss die Appeasement-Politik gegenüber dem Iran beenden!«, *afd.de*, 22.01.2020, <https://www.afd.de/meuthen-bystron-stei>

Armin-Paulus Hampel, forderte aber andererseits zu Beginn der Corona-Krise zwei Monate später, es »sollten die Finanzsanktionen [gegen den Iran] vorübergehend ausgesetzt werden.«⁵⁶

Dass eine tatsächliche und konsequent proisraelische Politik die Sache der parlamentarischen Neuen Rechten nicht ist, zeigt sich, neben der Position zum iranischen Regime, ohne das heute bezüglich Israel wie des gesamten Nahen Ostens keine Rechnung gemacht werden kann, auch an Delegationsreisen der AfD nach Syrien, so im März 2018 und im November 2019. Es ging wohl vor allem darum, Möglichkeiten auszuloten, Menschen aus Deutschland in das Land abzuschieben, in dem Bashar al-Assad mit iranischer Unterstützung nicht nur die syrische Bevölkerung nach wie vor terrorisiert und ermordet, sondern das auch nach wie vor mit Israel im Kriegszustand ist. Einer der Gesprächspartner der Delegation aus 2018, Hammouda Sabbagh, hatte erst kurz zuvor gesagt: »Der Krebs-Tumor Israel muss entfernt werden«. Am 19. November 2019, am Tag, an dem die AfD-Delegation dort eintraf, wurden aus Syrien vier Raketen auf Israel abgeschossen.⁵⁷

Vorbilder im früheren Postnazismus

Auch wenn die diskutierten positiven Bezugnahmen auf Israel in dieser Art neu sind, sind sie doch als Minderheitenposition und in der Form als legitimierende Identifizierung nicht präzedenzlos in der Rechten.

Die Möglichkeit der Exklusion Israels aus der »jüdischen Weltverschwörung« sogar in neonazistischen Kreisen zeigt ein Gespräch zwischen Horst Mahler und Franz Schönhuber. Der Neonazi, Holocaustleugner und ehemalige RAF-Anwalt Mahler ist hinreichend bekannt, Schönhuber hatte sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet, war später Journalist und Vorsitzender der Republikaner. In einem im Jahr 2000 erschienenen Gesprächsband sagte Schönhuber, er »achte ja den israelischen Aufbauwillen. Ich finde, man soll

nmeier-muss-die-appeasement-politik-gegenueber-dem-iran-beenden/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

56 o. A., »Hampel: Dem Iran in der Stunde der Not beistehen«, *afdbundestag.de*, 24.03.2020, <https://afdbundestag.de/hampel-dem-iran-in-der-stunde-der-not-beistehen/> (letzter Abruf: 27.08.2021).

57 Vgl. Jan Riebe, »AfD: Zwischen Pro-Israel-Bekundungen und Antisemitismus – Teil 1«, *belltower.news*, 28.11.2019, <https://www.belltower.news/die-afd-zwischen-pro-israel-bekundungen-und-antisemitismus-teil-1-93495/> (letzter Abruf: 27.08.2021).

auch einen Unterschied machen zwischen dem internationalen Judentum und den Israelis.« Mahler antwortete, der israelische Staat sei »der Untergang des Judaismus in seiner säkularen Form des Mammonismus. An Israel wird diese jüdische Vergötzung des Geldes zugrunde gehen, denn Israel wird auch nur als eine sich selbst bewußte Volksgemeinschaft überleben. [...] Wir haben die Möglichkeit, Verbündete in Israel zu finden.«⁵⁸ Damit macht er Israel zur zumindest potenziell völkischen Nation, dass es selbst, quasi als Ironie der Geschichte, antisemitisch sei – auch wenn Israel selbst das noch nicht wisse.

Bei Heinrich Jordis von Lohausen wird die Identifizierung noch deutlicher. Er wurde 1907 als Sohn einer Offiziersfamilie in Klagenfurt geboren, war NS-Diplomat, später General des österreichischen Bundesheeres und Militärattaché österreichischer Botschaften, völkisch-deutschnationaler Publizist, regelmäßiger Autor von *Nation und Europa* und schrieb, wie auch Alexander Gauland, in *Criticón*, einer Zeitschrift zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.

Lohausen war Geostrategie und Raumtheoretiker. In seinem Plädoyer *Mut zur Macht* von 1979 ist ein Abschnitt im Kapitel »Die Strategische Bedeutung der Oder-Neisse-Linie« überschrieben mit »Vorbild Israel«. Dort heißt es: »Alle Völker jedoch, die sich nach oft jahrhundertelangem Ausharren das Land ihrer Träume erstritten, werden übertroffen durch eins: das Volk Israels.« Im Gegensatz zu den Juden, die sich über 2000 Jahre »das Andenken ihrer Heimat bewahrt« hätten und schließlich deshalb in ihr Land zurückgekehrt seien, meinten die Deutschen, »nach lächerlichen 30 Jahren auf das ihre verzichten zu müssen«.⁵⁹ Gemeint waren die Gebiete jenseits der titelgebenden Oder-Neiße-Linie, die in solchen Kreisen bis heute »Ostdeutschland« genannt werden, also im Sinne Lohausens zum historischen Deutschland und dem »Land ihrer Träume« gehören. Und auch, wenn die traditionellen, etwa auf Polen und Südtirol gerichteten territorialen Bestrebungen heute nur noch bei Minderheiten in AfD und FPÖ eine Rolle spielen, ist doch der Kampf um das »Land der Träume« im ethnopluralistischen Heimatschutz enthalten, der sich eben nicht universalistisch gegen Islamisierung per se richtet, sondern vom Phantasma gespeist wird, es drohe einem vor lauter »Islamisierung des Abendlan-

58 Franz Schönhuber/Horst Mahler, *Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland*, Berg am See 2000, S. 29f.

59 Freiherr Jordis von Lohausen, *Mut zur Macht. Denken in Kontinenten*, Berg am See 1981, S. 325.

des«, fremd im eigenen Land, in der eigenen Stadt, im eigenen Bezirk zu werden.⁶⁰

An anderer Stelle zieht Lohausen die Analogie zwischen Deutschland und Israel noch weiter und wird revisionistisch. In einer Abhandlung über Angriffskriege und Kriegsschuld schrieb er: »Die Geographie kennt keine Nachsicht. Dem einen erlaubt sie, was sie dem anderen versagt: ungestraft der Gegenseite den ersten Schlag zu überlassen. Was hier zuletzt für Deutschland galt, vorher für Preußen, gilt heute – in seiner Umgebung – beispielsweise für Israel.«⁶¹

Dies ist direkte Abwehr der deutschen Kriegsschuld an beiden Weltkriegen, denn Preußen und Deutschland hätten sich als »in die Enge Getriebene – wie etwa Israel vor dem Sechstagekrieg – nur durch militärischen Überfall aus ihrer Notlage retten können.« Dieser auf dem Rücken der Israelis ausge-tragene Geschichtsrevisionismus verharmlost nebenbei, ganz wie die heutigen Identifizierungen mit Israel, die tatsächliche antisemitische Bedrohung gegen Israel, der weder Deutschland noch Preußen je ausgesetzt waren oder sind.

Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein

Es bleibt also festzustellen: Mitunter äußern Akteure insbesondere der parteiförmigen neuen Rechten richtige Punkte zu Israel und kritisieren zu Recht die traditionelle Politik gegenüber dem jüdischen Staat. Es geht aber darin kaum um das reale Israel mit seiner realen Bevölkerung, die mehrheitlich jüdisch ist, aber auch eine Minderheit von rund 20 Prozent gleichberechtigter arabischer Staatsbürger umfasst. Israel wird vielmehr als Autorität gesehen, an deren Stelle man sich setzen möchte. In der Kombination aus ultimativ bedrohtem Objekt des Antisemitismus und schlagkräftigem Nationalstaat – dessen Bild mehr entlang der eigenen Wünsche und Ängste als der Realität entsprechend gezeichnet wird – liegt unbewusst die Attraktivität, der eigenen

60 Vgl. Gerhard Scheit, »Eingeschrumpfter Behemoth und neue ›Souveränisten‹. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden 2017, S. 165–181, hier: S. 169.

61 Freiherr Jordis von Lohausen, »Von der Gleichgewichtspolitik zur Umerziehung«, Teil 1, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Vol. 3, Nr. 31, 1983, S. 3–7.

tendenziell völkischen und nationalistischen Politik Legitimität zu verleihen. Voller Angstlust wird der Ausnahmezustand herbeigesehnt, der »wie in Israel« sei. Dabei wird der Antisemitismus verharmlost, der eben Österreich und Deutschland, wie sie sind, anders als Israel, nicht unvermittelt bedroht. Mit der Zuschreibung von Autorität an Israel, die dem Antisemitismus entlehnt ist, und dem neidvollen Blick auf Israel als geopolitische Reproduktion der Figur des Ausnahmejuden liegen dieser Identifizierung, also dem Willen, an Israels Stelle zu sein, zwei antisemitische Bilder zugrunde.

Abwehr, nicht Abwehrstrategie

Der positive Bezug auf Israel von einer Minderheit der (extremen) Rechten und der gleichzeitige, teilweise berechtigte Vorwurf des Antizionismus an andere, ist also mit dieser Analyse weniger als Abwehr*strategie* gegen Antisemitism*svorwürfe* zu betrachten, sondern vielmehr als Abwehr des Antisemitismus in den eigenen Reihen. So wird einerseits die notwendige Selbstkritik vermieden, andererseits entgeht man vermeintlich der gefürchteten Strafe durch Israel, dem man Autorität zuschreibt. Dass Israel AfD und FPÖ nach wie vor boykottiert, muss dabei verdrängt werden. Die Zuschreibung von Autorität allerdings ist dabei keinesfalls ein exklusiv rechtes Phänomen – nur deshalb kann ja die »Israelkritik« quer durch die Gesellschaft als mutiger Akt erscheinen, der angeblich mit Sprechverboten oder Zensur belegt sei.

Für eine tatsächliche Abkehr vom Antisemitismus müsste seine autoritär übernommene Ablehnung »als Über-Ich-Forderung auf dem Boden des Ichs mit der Wahrnehmung des eigenen Vergehens«⁶² zusammentreffen. Voraussetzung für solche Abkehr wäre also das Eingeständnis des eigenen und sei es vergangenen Antisemitismus, was aber angesichts des gesellschaftlichen Tabus und des Charakters des Antisemitismus als geschlossenes Weltbild kaum vorstellbar ist. Das Subjekt hätte zudem »von diesem Entwicklungsstadium an die größere Unlust zu ertragen, die Selbstkritik und Schuldgefühl in ihm erzeugen.«⁶³ Deshalb bleibt der Antisemitismus von mehr oder weniger proisraelischen Positionierungen, die auf dieser Identifizierung beruhen, meist unangetastet.

62 Anna Freud, *Das Ich und die Abwehrmechanismen*, Frankfurt a.M. 1990 [1936], S. 92.

63 Ebd.

Literatur

- Adorno, Theodor W., *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. 1973.
- Ahronheim, Anna, »High alert on Gaza border after string of incursions«, *jpost.com*, 28.03.2018, <https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/High-alert-on-Gaza-border-after-string-of-incursions-547339> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Améry, Jean, »Der ehrbare Antisemitismus«, in: ders., *Widersprüche*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1980, S. 242–249.
- Arendt, Hannah, »Privileged Jews«, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 8, No. 1/1946, S. 3–30.
- Arfa, Orit, »Dämonisierung und Popkultur. Über die mögliche Vorbildfunktion der israelischen Rechten für Deutschland«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), *Was Juden zur AfD treibt. Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland*, Bad Schussenried 2019, S. 103–114.
- Beck, Eldad, »אנחנו נגד אנטישמיות והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד«, *israelhayom.co.il*, 20.07.2017, <https://www.israelhayom.co.il/article/491759> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, »Antisemitismus ohne Antisemiten?«, in: Beate Küpper/Andreas Zick (Hg.), *Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015, S. 178–294.
- Bruhn, Joachim, »Nichts gelernt und nichts vergessen«. Ein Schema zur Geschichte des Antizionismus in Deutschland«, in: ders., *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation*, Freiburg/Wien 2019 [1994]. S. 245–252.
- Eichler, Hagen, »Internet-Hetze holt AfD-Mann ein«, *volksstimme.de*, 02.06.2016, <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/internet-hetze-holt-afd-mann-ein-1875985> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian, *Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert*, Berlin 2018.
- Freud, Anna, *Das Ich und die Abwehrmechanismen*, Frankfurt a.M. 1990 [1936].
- Gauland, Alexander, »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«, in: *Die WELT*, 20.09.2001.
- Gauland, Alexander, »Konservative Skepsis gegen Amerika-Debatte«, in: *Die WELT*, 20.01.2003.
- Kalbitz, Andreas, »Grußwort«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), *Was Juden zur AfD treibt. Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland*, Bad Schussenried 2019, S. 15–17.

- Laplanche, Jean/Pontalis, Jean-Bertrand, *Das Vokabular der Psychoanalyse*, Frankfurt a.M. 1994.
- Lichtmesz, Martin, »Israel und Demographie (2)«, *sezession.de*, 02.06.2021, <https://sezession.de/64290/israel-und-demographie-2> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Lohausen, Freiherr Jordis von, *Mut zur Macht. Denken in Kontinenten*, Berg am See 1981.
- Lohausen, Freiherr Jordis von, »Von der Gleichgewichtspolitik zur Umerziehung«, Teil 1, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Vol. 3, Nr. 31, 1983, S. 3–7.
- Marin, Bernd, *Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder*, Frankfurt a.M./New York 2000.
- Radonić, Ljiljana, »Psychopathologie der Normalität. Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Kritische Theorie« in: Stephan Grigat (Hg.), *Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus*, Freiburg 2006, S. 79–98.
- Riebe, Jan, »AfD: Zwischen Pro-Israel-Bekundungen und Antisemitismus – Teil 1«, *belltower.news*, 28.11.2019, <https://www.belltower.news/die-afd-zwischen-pro-israel-bekundungen-und-antisemitismus-teil-1-93495/> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Rosenberg, Alfred, *Der staatsfeindliche Zionismus*, München 1943 [1922].
- o. A., »Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa«, *yumpu.com*, o.J., <https://www.yumpu.com/de/document/read/5159241/wir-und-der-islam-freiheitlicher-parlamentsklub> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »FPÖ: Strache: Jerusalemer Erklärung«, *ots.at*, 07.12.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTS0199/fpoe-strache-jerusalem-erklaerung (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »»Ungeheuerliche Provokation««, *orf.at*, 31.01.2012, <https://orf.at/v2/stories/2102324/2102303/> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »FPÖ-Herbert: ZARA-Report ist völlig unerheblich. Anti-Rassismus-Stelle ZARA »auf linkem Auge blind««, *ots.at*, 21.03.2014, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140321_OTS0176/fpoe-herbert-zara-report-ist-voellig-unerheblich (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, *afd.de*, 01.05.2016, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf (letzter Abruf: 31.12.2021).

- o. A., »Gauland will stolz sein ›auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen‹«, *fr.de*, 14.09.2017, <https://www.fr.de/politik/gauland-will-stolz-sein-auf-leistungen-deutscher-soldaten-weltkriegen-11087638.html> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Georg Pazderski: Israel macht es vor – Afrikanische Migranten werden ausgewiesen«, *afd.de*, 05.02.2018, <https://www.afd.de/georg-pazderski-israel-macht-es-vor-afrikanische-migranten-werden-ausgewiesen/> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Terrorstaat Israel«, *npd.de*, 28.02.2018, <https://npd.de/2018/02/terrorstaat-israel/> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, *bundestag.de*, 26.4.2018, <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten«, *afdkompakt.de*, 15.05.2018, <https://afdkompakt.de/2018/05/15/atom-abkommen-mit-dem-iran-einhalten/> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Kneissl: Erhalt von Iran-Atomdeal für Nordkorea-Konflikt ›wesentlich‹«, *diepresse.com*, 16.05.2018, <https://www.diepresse.com/5430315/kneissl-erhalt-von-iran-atomdeal-fur-nordkorea-konflikt-wesentlich> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Gauland bezeichnet NS-Zeit als ›Vogelschiss in der Geschichte‹«, *welt.de*, 02.06.2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article176912600/AfD-Chef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Geschichte.html> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019«, *afdsachsen.de*, 01.06.2019, https://www.afdsachsen.de/wp-content/uploads/2020/07/RWP_190618.pdf (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Keine Partei bezieht klarer Position im Kampf gegen Antisemitismus als die AfD«, *afdkompakt.de*, 27.07.2019, <https://afdkompakt.de/2019/07/27/keine-partei-bezieht-klarere-position-im-kampf-gegen-antisemitismus-als-die-afd/> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Meuthen/Bystron: Steinmeier muss die Appeasement-Politik gegenüber dem Iran beenden!«, *afd.de*, 22.01.2020, <https://www.afd.de/meuthen-bystron-steinmeier-muss-die-appeasement-politik-gegenueber-dem-iran-beenden/> (letzter Abruf: 31.12.2021).

- o. A., »Hampel: Dem Iran in der Stunde der Not beistehen«, *afdbundestag.de*, 24.03.2020, <https://afdbundestag.de/hampel-dem-iran-in-der-stunde-der-not-beistehen/> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »40 Millionen Euro für Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen«, *welt.de*, 18.05.2021, <https://www.welt.de/politik/ausland/video231214331/Maas-40-Millionen-Euro-fuer-Zivilbevoelkerung-im-Gaza-Streifen.html> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »FPÖ – Hofer: Bundeskanzler und Außenminister können Österreich-Beschimpfung nicht einfach aussitzen«, *ots.at*, 18.05.2021, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210518_OTSo078/fpoe-hofer-bundeskanzler-und-aussenminister-koennen-oesterreich-beschimpfung-nicht-einfach-aussitzen (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Schächten verbieten!«, *npd-nuernberg.de*, 24.6.2021, <https://npd-nuernberg.com/nationalisten-tv/#/lightbox&slide=1> (letzter Abruf: 31.12.2021).
- Scheit, Gerhard, »Eingeschrumpfter Behemoth und neue ›Souveränisten‹. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden 2017, S. 165–181.
- Schindler, Frederik, »AfD-Fraktionschefin posiert neben Impfgegner mit »Judenstern«-T-Shirt«, *welt.de*, 05.06.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article209001277/AfD-Fraktionschefin-posiert-auf-Foto-neben-Mann-mit-Judenstern-T-Shirt.html> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- SerbInnen gegen Rechts, o. T., *twitter.com*, 06.03.2021, <https://twitter.com/serbinnen/status/1368239936323850241?s=19&fbclid=IwAR1LvfmOt4iMpB01z8Z4LeXW3xksuldbejfg82k-V8hQrVbTRFZQGkPXJYc> (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Schönhuber, Franz/Mahler, Horst, *Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland*, Berg am See 2000.
- Tzuri, Matan, »Kite terror continues to strike Gaza border communities«, *ynetnews.com*, 05.08.2018, <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-5254868,00.html> (letzter Abruf: 25.08.2022).

